

30 Jahre Grundlagenvertrag. Zu den deutsch-deutschen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren

Harald Lange

Das 6. Potsdamer Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zur Außen- und Deutschlandpolitik am 14. und 15. November 2002 in der Spielstätte Reithalle des Hans-Otto-Theaters war gut besucht. Sicher hatte in erster Linie Egon Bahr viele Zuhörer angezogen; doch auch am zweiten Tag des Kolloquiums – ohne Bahr – blieb das Publikumsinteresse ungeschwächt. Die Besucher wurden nicht enttäuscht; von Bahr ohnehin nicht, aber auch die am zweiten Tag auftretenden ehemaligen Politiker, Wissenschaftler und Journalisten wußten differenzierte Gedanken und fundierte Anregungen zu vermitteln. Das Thema, so wurde verschiedentlich argumentiert, sei zwar vorrangig für Historiker interessant, es könne jedoch auch deshalb von Bedeutung sein, weil seinerzeit gefundene Methoden der Konfliktbewältigung beispielhaft bei gegenwärtigen und zukünftigen Problemlösungen anwendbar seien.

Nach einer Einführung von Detlev Nakath und einem Filmzuschnitt von einer Pressekonferenz in Kassel (1969) und vom „Treffpunkt Berlin“ des DDR-Fernsehens vom 12.8.1970 beantwortete *Egon Bahr* zwei Stunden lang zahlreiche Fragen, die ihm zu den Verträgen der BRD mit der UdSSR und der DDR gestellt wurden. Er tat das mit gewohnter Souveränität. Man spürte seinen Stolz auf den Erfolg der in jenen Jahren maßgeblich von ihm konzipierten und dann in Regierungsfunktionen exekutierten Ostpolitik. Neben den speziellen Fragen, die sich auf Einzelheiten der Verhandlungen bezogen, kamen auch prinzipielle Dinge ins Gespräch. Auf das Verhältnis von Macht und Moral angesprochen, erwiderte Bahr, daß es Situationen gebe, in denen man eigene Überzeugungen zurückstellen müsse, wenn es um das Interesse des eigenen Landes gehe. Sich auf Moltke berufend, meinte er: Alles, was man sagt, muß wahr sein, aber man muß nicht alles sagen, was wahr ist. Mit Christa Wolf habe er sich verabredet, ein Gespräch darüber zu führen, wie eine Balance zwischen Macht und Moral gefunden werden könne. Auf das Ergebnis dieses Gesprächs darf man gespannt sein. Was den Prozeß der Vereinigung der DDR mit der BRD angeht, so bekräftigte Bahr seine wiederholt geäußerte Meinung, daß dieser Vorgang „außenpolitisch fehlerlos“, innenpolitisch jedoch „vergeigt“ worden sei. Er räumte ein, damals – 1989/90 – selbst einen „Kernfehler“ gemacht zu haben, indem er die tiefgreifenden Mentalitätsunterschiede zwischen Ost und West unterschätzte. Die Unterschiede der Deutschen in Ost und West müßten nicht nur respektiert werden, man müsse auch bewußt damit leben. Nicht nur Toleranz, auch Akzeptanz sei notwendig. Optimistisch meinte er, daß die jungen Menschen allmählich die innere Einheit vollziehen würden.

Auf aktuelle europäische Probleme gelenkt, bedauerte Bahr das Auseinanderfallen der UdSSR. Er könne hierin keinen Fortschritt sehen. Jelzin habe nach dem Putsch in Moskau die Chance wahrgenommen, die durch Gorbatschow erlittenen Demütigungen zurückzuzahlen und habe den schon fertigen und allseits akzeptierten neuen Föderationsvertrag torpediert. Die gesamte Region sei dadurch in eine gefährliche Lage geraten. Die USA würden dies natürlich anders sehen. Ihnen erscheine die Situation günstig, nunmehr auch die osteuropäisch/asiatische Region dominieren zu können. Über die Stärke und Macht der USA – so Bahr weiter – solle man nicht jammern, sondern die Schwäche Europas bedauern. Europa müsse seine eigenen Stärken entwickeln, um aus der Rolle eines sicherheitspolitischen Protektorats der USA herauszuwachsen. Wer allerdings einen „Bruch“ mit den USA fordere, vernachlässige die machtpolitischen Gegebenheiten. Es gelte, „genügend Unterstützung für gute Ideen bei Freunden zu finden, um nicht auf Dauer Protektorat bleiben zu müssen“. Diese salomonische Formulierung ergänzte Bahr ganz konkret mit der klar geäußerten Meinung, daß die Deutschen nein sagen müßten, wenn die USA demnächst neue Abwehrraketen in Deutschland stationieren wollten. Allerdings sei anzunehmen, daß dafür Polen „eine begeisterte Zusage“ erteilen werde. Und wenn die USA auf die Widerständigkeit der Deutschen dann mit dem Abzug ihrer Truppen aus der BRD drohten, würden wiederum die Franzosen damit nicht einverstanden sein. Dies alles sei ein sehr komplexes Problem. Dennoch sollte sich Europa bemühen, seine künftige eigene Armee „nicht als Schwert der USA, sondern als Schild Europas“ zu schaffen. In 20 Jahren – meinte Bahr – werde es drei wichtige Währungen geben: die chinesische, den Dollar und den Euro. China werde sich eine atomare Zweitschlagskapazität zulegen, während die USA – die diese Entwicklung auch so kommen sähen – sich schon jetzt militärisch in Asien festsetzen würden. Noch einmal auf die deutschen Probleme angesprochen, sagte Bahr, daß man bei allen berechtigten Vorwürfen hinsichtlich eines Überrollens der DDR durch die damalige BRD stets daran erinnern solle, daß der überhastete Einigungsprozeß nicht vom Bundestag, sondern von der Volkskammer gewollt war. Einen „Königsweg“ zur Einheit hätte es nicht gegeben; das „System“ habe das nicht zugelassen. Nun verschlinge der „gnadenlose Prozeß des Kapitalismus“ – so fügte Bahr philosophisch/resigniert hinzu – „einen Teil der Seele“.

In der ersten Diskussionsrunde am zweiten Tag des Kolloquiums äußerten sich *Werner Baumgärtel*, ehemals stellv. Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, *Klaus Schütz*, ehemaliger Regierender Bürgermeister in Westberlin, *Karl Seidel*, langjähriger Leiter der Abteilung BRD im DDR-Außenministerium, und *Ernst Günter Stern*, der seinerzeit Leiter einer Abteilung im Bundeskanzleramt war, zum Grundlagenvertrag und zur Deutschlandpolitik beider deutscher Staaten. Aus der Vielfalt der Fragen und Antworten seien hier nur einige wenige herausgegriffen. Seidel wandte sich wiederholt gegen die Legende, die SED-Führung sei es gewesen, von der hauptsächlich eine Blockade gegenüber der Vertragspolitik der BRD ausgegangen wäre. Es sei vielmehr die Moskauer Führung gewesen, die nicht zulassen wollte, daß die DDR eine Vorreiterrolle in der damals beginnenden Entspannungspolitik spielte. Während die SED-Führung in den Verhandlungen

schon bereit gewesen sei, die Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung seitens der BRD fallen zu lassen, habe Moskau die DDR noch zu einem Zeitpunkt auf die Aufrechterhaltung dieser Forderung gedrängt, als Bahr schon in Moskau bedeutet worden war, daß die Verhandlungen an dieser Frage nicht scheitern würden. Walter Ulbricht habe gleich nach dem Zustandekommen der SPD/FDP-Koalition in Bonn Verhandlungen aufnehmen wollen; es habe sogar schon einen Entwurf über einen Vertrag zwischen „zwei Staaten deutscher Nation“ gegeben, der zu einem Austausch von „Missionen“ führen sollte. Dies alles scheiterte an der Bremsenrolle der UdSSR. Erst die in Oreanda zwischen Breshnew und Brandt begründete „Männerfreundschaft“ habe den Weg für konkrete Vereinbarungen freigemacht, die dann – wie Seidel formulierte – mit dem Grundlagenvertrag zu einer „gelungenen Quadratur des Kreises“ führten.

Während Schütz die große Rolle Brandts hervorhob, die dieser durch seine „Orientierung auf die Hilfe für Menschen, und nicht vorrangig auf die Vereinigung“ gespielt habe, wies Seidel auf die Verdienste der FDP und Walter Scheels bei der Durchsetzung der neuen Ostpolitik hin. Baumgärtel sprach über die praktische Arbeit, die in der Ständigen Vertretung in Bonn zu leisten war, und über die Kunst der diplomatischen Manöver, die erforderlich war, um dem Mißtrauen z. B. Frankreichs gegenüber einem „deutschen Sonderweg“ zu begegnen.

Mit den Auswirkungen der Deutschlandpolitik auf die innenpolitische Situation in der DDR und in der BRD befaßte sich eine zweite Gesprächsrunde, in der *Peter Bender*, der als Journalist und Buchautor die Ostpolitik der BRD über Jahrzehnte begleitet hat, *Dietmar Keller*, einer der stellvertretenden Kulturminister der DDR kurz vor deren Ende, *Rolf Reißig*, ehemals Institutsdirektor in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, und *Peter Jochen Winters* von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu Wort kamen. Während sich Reißig besonders mit den Wirkungen des Dialogpapiers von SED und SPD aus dem Jahr 1987 befasste und nachdrücklich darauf aufmerksam machte, wie wichtig es seinerzeit gewesen sei, daß hiermit erstmals die gesellschaftliche, statt der staatlichen Debatte in den Mittelpunkt rückte, verwies Winters auf jene Seiten der Deutschlandpolitik, die für die BRD wenig ergiebig gewesen seien. Das betreffe die Erhöhung des Zwangsumtausches, Einschränkungen für die Tätigkeit der Journalisten, Hinauszögerung des Kulturabkommens etc. Trotzdem, betonte er, sei die Grundlinie der Ost- und Deutschlandpolitik richtig gewesen. Auf seinerzeitige eigene Fehleinschätzungen eingehend, sagte Keller, daß er an die Möglichkeit für eine liberalere Politik in der DDR geglaubt und angenommen habe, mit dem Grundlagenvertrag sei die DDR zu einer „stabilen internationalen Größe“ geworden. Reißig meinte, er und andere mit ihm hätten die Reformfähigkeit der DDR überschätzt und die Abwendung der Bürger von der DDR unterschätzt. Keller wies mit Bitterkeit darauf hin, daß auch die BRD – noch nach dem Kulturabkommen von 1986 – stets ein nahezu ausschließliches Interesse an den „arrivierten Künstlern der DDR“ gezeigt habe. Die nicht Anerkannten seien vor der Tür geblieben. Nach 1989 seien die bis dahin heiß Umworbenen dann als sogenannte Staatskünstler „vom Fenster weg“ gewesen. Bender kam leider zu wenig zu Wort. Er beschränkte sich im wesentlichen

auf Hinweise zur Bedeutung der Bündnistreue auf beiden Seiten sowie darauf, daß die DDR sich die Entspannung nur bei gleichzeitiger Abschottung hatte leisten können.

Das interessante und von lebhafter Diskussion gekennzeichnete Kolloquium wurde mit einem Vortrag von Botschafter a. D. (der DDR) *Hans Voß* über die deutsch-deutschen Beziehungen und die europäische Sicherheit abgeschlossen.